

Staatsanwälte warnen: Reform verzögert Strafverfahren

Interview. Gerhard Jarosch, Sprecher der Staatsanwälte, lässt kaum ein gutes Haar an der von der Koalition geplanten Strafprozessreform.

VON BENEDIKT KOMMENDA

Wien. „Das hat mit Verfahrensbeschleunigung nichts zu tun.“ Gerhard Jarosch, Präsident der Vereinigung Österreichischer Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, bezweifelt, dass die bevorstehende Reform der Strafprozessreform ihr Ziel erreichen wird. Nach dem Willen von Justizminister Wolfgang Brandstetter sollen damit ja Strafverfahren beschleunigt werden; Jarosch warnt jedoch, dass der gegenteilige Effekt eintreten werde.

Während beim heute in Walchsee (Tirol) beginnenden „23. Forum der StaatsanwältInnen“ entsprechend kritische Töne zur Reform zu erwarten sind, schreitet die Gesetzgebung voran: Am Mittwoch steht das Gesetzesvorhaben auf der Tagesordnung des Justizausschusses. Die Staatsanwälte hätten gerne schon früher Gelegenheit gehabt, ihre Sicht der Dinge eingehend darzulegen: In einer Begutachtungsfrist von nur 16 Tagen – für Jarosch „skandalös“ – war das nicht gut möglich. „Das ist eine demokratiepolitische Verhöhnung“, sagt Jarosch. „Wozu gibt es überhaupt eine Begutachtung?“

Legende von bösen Gutachtern

Einem starken Bremsfaktor sieht der

des vom Staatsanwalt – und damit einer Partei – kommenden Sachverständigen ergibt. Zuletzt hat der OGH jedoch mehrfach entschieden, dass dies unproblematisch sei, sofern der Sachverständige nicht an der polizeilichen Ermittlungstätigkeit mitgewirkt habe. „Das ist als Maßschnur klug und vernünftig“, findet Jarosch.

Nicht bremsend, aber auch nicht beschleunigend wird laut Jarosch eine neue Drei-Jahres-Frist für das Vorverfahren wirken: Nach deren Ablauf wird die Staatsanwaltschaft dem Gericht erklären müssen, warum sie noch länger braucht. „Eine heikle Sache.“ Es gehe nur um ganz komplexe Verfahren, und dabei seien schwierige Fragen zu beantworten: Wie verhält es sich mit der Frist, wenn während der Ermittlungen durch eine nachträgliche Anzeige weitere Beschuldigte oder weitere Sachverhaltelemente hinzutreten?

Verzögerungen durch die Einschaltung ausländischer Behörden sollen in die Frist nicht eingerechnet werden. Nur: Praktisch alle komplexeren Verfahren würden auch Auslandsbezüge aufweisen, sodass die Frist wirkungslos bleiben werde. Worin jene Entlastung der Staatsanwälte bestehen soll, die sich das Ministerium aus der

die Einführung eines zentralen Kontenregisters nach deutschem Vorbild. Dann bräuchten die Staatsanwälte auf der Suche nach Konten „nicht mehr an 800 Bankmitarbeiter zu schreiben“. Verstärkte Teambildung bei den Staatsanwaltschaften sei ebenso wichtig wie der Einsatz von Wirtschaftsexperten. Sie gibt es bereits an der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft, an der Staatsanwaltschaft Klagenfurt für die Hypo und in der Wirtschaftsgruppe der Staatsanwaltschaft Wien. „Das ist ein Erfolgsmodell: Es spart Zeit und Geld.“

„Angezeigt“ statt „verdächtig“

Während Jarosch begrüßt, dass die Reform erstmals eine gesetzliche Grundlage für die Information der Öffentlichkeit durch die Staatsanwaltschaft schafft, bezweifelt er die Sinnhaftigkeit einer weiteren Neuerung: Personen, gegen die zunächst nichts anderes vorliegt als eine Anzeige, sollen künftig Verdächtige und nicht gleich Beschuldigte genannt werden. „Was ist der Unterschied?“, fragt Jarosch nur rhetorisch. Er unterstützt das Anliegen, niemanden vorschnell in Verruf zu bringen. „Ich fürchte nur, dass diese Änderung nicht weit genug geht.“ Man solle einfach Angezeigter sagen

Grazer siegten beim ersten Umweltrecht-Moot-Court



Erstmals gibt es für ein Kraftwerksprojekt in Österreich gleich zwei UVP-Genehmigungen: eine echte und eine fiktive. Beim ersten Moot Court Umweltrecht (www.mcur.at) wurde dieses Semester unter Beteiligung aller Jusfakultäten nochmals die öffentlich nicht zugängliche Umweltverträglichkeitsprüfung für das Wasserkraftwerk Bruck a. d. Glocknerstraße durchgespielt. Studierende übernahmen die Rollen vom Projektwerber bis zur Behörde. Den stärksten Auftritt lieferten die Grazer als Vertreter der Umweltschaft, ein improvisierter Sonderpreis ging vorige Woche nach Innsbruck für ein flammendes mündliches Plädoyer. Moot-Initiator und Anwalt Peter Sander zeigt sich sehr zufrieden mit Ablauf und Niveau des Wettbewerbs: Alle beteiligten Wissenschaftler und Praktiker hätten die Qualifikation der Studierenden überschwänglich gelobt. Im Bild die Sieger Chiara Rockenschaub, Luca Mischensky, Miriam Karl, Maria Buchner, flankiert von Betreuer Prof. Stefan Storr und Organisator Peter Sander (v. l. n. r.). [Stanislav Jenis]